

Der Bürgermeister

**Bürgermeisterbereich
Pressestelle**

Pressesprecherin
Britta Stöwe

Telefon
(03334) 64 - 152
Telefax
(03334) 64 - 154

Hausanschrift
Breite Straße 41 - 44
16225 Eberswalde

e-Mail
b.stoewe@
eberswalde.de
(nur für formlose Mitteilungen
ohne digitale Signatur)

Internet
www.eberswalde.de

MEDIENINFORMATION

Nr. 295/09 vom 20. November 2009

Mehr als 20 Mitarbeiter werden das Rathaus verlassen müssen **ver.di zwingt Stadt zu betriebsbedingten Kündigungen**

Seit Monaten versucht die Stadtverwaltung Eberswalde die Gewerkschaft ver.di zur Aufnahme von Tarifverhandlungen zu bewegen, damit der bei der Stadtverwaltung bestehende „Haustarifvertrag“ bis zum 31.12.2012 verlängert wird. Seit August 2004 ist die wöchentliche Arbeitszeit von 40 h auf 38 h ohne Gehaltsausgleich verkürzt. Vom Hausmeister bis zum Dezernenten, von der Sachbearbeiterin bis zur Ingenieurin leisten damit alle Vollzeit-Tarifbeschäftigten ihren ganz persönlichen Beitrag, um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden und insbesondere jüngeren KollegInnen sowie KollegInnen in unteren Entgeltgruppen ihren Arbeitsplatz zu sichern, auf den sie angesichts von Wirtschafts- und Finanzkrise dringend angewiesen sind. Auch die ErzieherInnen leisten einen solchen Beitrag.

Der „Haustarifvertrag“ läuft im Juli 2010 aus. Eine Verlängerung ist gemäß § 3 Abs. 1 des übergeordneten Tarifvertrages zur sozialen Absicherung (TVsA) nur noch in diesem Jahr, also bis zum 31. Dezember 2009 möglich. Der Personalrat der Stadtverwaltung hat deshalb im Juni 2009 eine Befragung der MitarbeiterInnen durchgeführt. 81 Prozent der betroffenen MitarbeiterInnen haben sich an der Umfrage beteiligt. 80 Prozent davon, also die überwältigende Mehrheit, haben sich für eine Verlängerung des „Haustarifvertrages“ ausgesprochen. Verwaltungsspitze und Personalrat können sich damit bei ihrem Ziel, betriebsbedingte Kündigungen auf jeden Fall zu vermeiden, der breiten Zustimmung der Beschäftigten bei der Stadtverwaltung, aber auch der Stadtverordneten sicher sein.

Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff hat sich am 10.07.2009 an die Tarifvertragsparteien gewandt und um Aufnahme von Tarifvertragsverhandlungen gebeten. Er rechnete mit schwierigen Verhandlungen, nahm aber an, dass die Tarifvertragsparteien den breiten Konsens in Eberswalde nicht ignorieren würden. Der Kommunale Arbeitgeberverband Brandenburg hat das Anliegen der Stadtverwaltung sofort unterstützt und Hilfe angeboten.

Ganz anders sieht das offenbar die Gewerkschaft ver.di. Den Antrag auf Aufnahme von Tarifverhandlungen hat sie schriftlich noch im Juli 2009 abgelehnt. Die Sorgen und

Nöte ihrer Eberswalder Mitglieder sind ihr augenscheinlich gleichgültig.

Auf Drängen von Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff und der Personalratsvorsitzenden Barbara Bunge beim Bundesvorstand der Gewerkschaft ver.di konnte wenigstens erreicht werden, dass ver.di vielleicht eine Ausnahme zulassen will. Allerdings wollte sich die Gewerkschaft erst im September mit der Angelegenheit beschäftigen.

Seither schiebt ver.di intern Zuständigkeiten hin und her oder fordert Unterlagen bei der Stadtverwaltung an, um sie anschließend als unzureichend zu verwerfen. Alle Unterlagen wurden unverzüglich geliefert oder auf Anforderung überarbeitet. Durch schleppende Bearbeitung und Hinhaltenaktik soll offenbar erreicht werden, dass die Zeit zur Aufnahme und Abschluss der Tarifverhandlungen vor Jahresende zu knapp wird. Dringende Bitten für persönliche Gespräche, um die Angelegenheit zu beschleunigen, hat ver.di bisher grundlos abgelehnt.

Trotz des breiten Konsenses in Eberswalde drohen nunmehr betriebsbedingte Kündigungen, die die Gewerkschaft ver.di im fernen Berlin billigend in Kauf nimmt. Ein verantwortungsbewusster Umgang einer Gewerkschaft mit den Sorgen und Nöten von ArbeitnehmerInnen sieht eindeutig anders aus.

Verwaltungsdezernent und Personalratsvorsitzende treten deshalb jetzt an die Öffentlichkeit, um diese über die geradezu unverschämte Verhaltensweise von ver.di zu informieren und ihrer Wut und Enttäuschung ob des ignoranten Verhaltens der Gewerkschaft Ausdruck zu verleihen. Alle gemeinsamen Anstrengungen mit den Beschäftigten zur Vermeidung von betriebsbedingten Kündigungen waren offenbar umsonst. Verwaltungsspitze und Personalrat haben sich über die weitere Vorgehensweise verständigt und wollen weiter gemeinsam für die Verlängerung des „Haustarifvertrages“ kämpfen. Der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung wurde am 19.11.2009 informiert, die Beschäftigten in einer Mitarbeiterversammlung am 20.11.2009.

Die Nichtverlängerung des „Haustarifvertrages“ hätte verheerende Auswirkungen auf Eberswalde. Zusätzliche Personalkosten von ca. 650.000 € jährlich müssten eingespart werden, nicht zu reden von den für betriebsbedingte Kündigungen ggf. zu zahlenden Abfindungen. Angesichts der Haushaltslage ist das ausgeschlossen. Mehr als 20 Mitarbeiter werden deshalb die Stadtverwaltung zum nächstmöglichen Zeitpunkt verlassen müssen.

Doch die sich ergebende Liste der Unzumutbarkeiten ist damit längst nicht abgeschlossen. Junge Auszubildende würden nicht mehr übernommen, Krankheitsvertretungen entfielen mangels Finanzierbarkeit, auch für die ErzieherInnen. Dabei hatten diese gerade erst im Sommer für bessere Arbeitsbedingungen gestreikt und die Stadtverwaltung wollte dem trotz ihrer beschränkten Möglichkeiten Rechnung tragen. Die städtischen Kitas müssten nun ggf. die Aufnahme von Kindern ablehnen, mit allen negativen Auswirkungen für deren berufstätige Eltern. Dabei wollten Bürgermeister und Stadtverordnete gerade im Bildungsbereich nicht sparen. Diese Möglichkeit wird ihnen durch ver.di genommen. Und auch die Ausgliederung von städtischen Einrichtungen käme auf die Tagesordnung, egal ob Bauhof, Kita oder anderes.

Bellay Gatzlaff kann ob der Verantwortungslosigkeit und des Eigensinns von ver.di, selbst vorbereitende Gespräche einfach abzulehnen, nur den Kopf schütteln. Er hat alle ver.di-Mitglieder aufgefordert, ihre Gewerkschaftsführung zum Einlenken und zur Verlängerung des „Haustarifvertrages“ zu bewegen. Andernfalls sollten sie aus der Gewerkschaft austreten, da diese offensichtlich nur eigene Interessen verfolgt, nicht die ihrer Mitglieder.

Austritte wären wahrscheinlich das stärkste „Argument“, das die Gewerkschaftsführung „überzeugt“. Die Personalratsvorsitzende Barbara Bunge hat Verständnis für die Aufforderung des Verwaltungsdezernenten, hofft aber, dass sich ver.di noch besinnen und der Sorgen und Nöte in Eberswalde annehmen wird.

Inzwischen erreichen Personalrat und Verwaltungsspitze erste Signale, dass bei der Stadtverwaltung beschäftigte Mitglieder aus der Gewerkschaft tatsächlich austreten wollen. Verwaltungsspitze und Personalrat können sich also bei ihrem Vorgehen weiterhin der breiten Unterstützung der Beschäftigten sicher sein.

Die Signale scheinen auch bei ver.di angekommen zu sein. Verwaltungsdezernent und Personalrat hatten ver.di zur o. g. Mitarbeiterversammlung eingeladen, damit die Gewerkschaft ihre ablehnende Haltung selbst erläutern kann. ver.di teilte mit, dass man an der Mitarbeiterversammlung wegen Urlaubs und anderer Termine nicht teilnehmen könne. Jedoch hat sie nun Zeit für einen Gesprächstermin mit dem Verwaltungsdezernenten und dem Personalrat gefunden. Am 30.11. will sie sich jetzt wenigstens die Argumente für eine Verlängerung des Haustarifvertrages anhören. So gesehen hat Eberswalde einen ersten Erfolg erzielt, und es gibt einen ersten Hoffnungsschimmer, dass betriebsbedingte Kündigungen doch noch vermieden werden können.